DEUTSCH-UNGARISCHES INSTITUT
FÜR EUROPÄISCHE ZUSAMMENARBEIT

Faktenwissen Ungarn

Erinnerungspolitik in Ungarn

Péter Dobrowiecki

Nr.: 2022/12

Inhaltsverzeichnis

1. Einleitung 1
2. „Tausend Jahre inmitten von Europa" 3
3. Nach dem Ende des Ersten Weltkrieges: Trianon 6
4. Der Holocaust in Ungarn und die Erinnerung an den zweiten Weltkrieg 9
5. Die Deportation und Vertreibung der Ungarndeutschen 11
6. Die Erinnerung an die kommunistische Diktatur 13
7. 1956 15
8. Das Paneuropäische Picknick – Der Kampf um die Jahrestage 16
9. (Nationale) Feiertage – Gedenktage 18

Literaturverzeichnis 21

1. Einleitung

In Ungarn, wie in den anderen Staaten Mittel- und Osteuropas, durchdringt die Geschichte den Alltag der Gesellschaft und des öffentlichen Lebens. Die nationale Vergangenheit ist ein Anknüpfungspunkt, eine gemeinsame Basis, auf die im Prinzip alle gelegentlich zurückgreifen, wenn sie aktuelle Themen erläutern oder diskutieren, von Politikern und Journalisten bis hin zu normalen Bürgern. Die reiche, über tausendjährige Geschichte der ungarischen Staatlichkeit und das damit verbundene gemeinsame Schicksal können auch erklären, warum die Wahrnehmung bestimmter historischer Wendepunkte, Symbole oder Persönlichkeiten noch Jahrzehnte oder gar Jahrhunderte später Gegenstand aktueller politischer Debatten in Ungarn war und ist.

Aus einem ähnlichen Grund unterscheidet sich das Konzept der Nation in Ungarn von dem einiger westeuropäischer Staaten, deren Grenzen seit ihrer Gründung im Wesentlichen unverändert geblieben sind. Das ungarische Nationskonzept hingegen betrachtet nicht nur diejenigen als Mitglieder der Nation, die innerhalb der gegenwärtigen Grenzen des ungarischen Staates leben, sondern alle, die gemeinsame sprachliche und kulturelle Bindungen haben, unabhängig davon, ob sie in den Nachbarländern oder sogar in weiter entfernten Teilen der Welt leben. Nach dem Fall des Eisernen Vorhangs führte die Entwicklung des historischen Gedächtnisses (in der befreundeten Gemeinschaft der kommunistischen Staaten war der Status der nationalen Minderheiten kein Thema) schließlich zur Entstehung des transnationalen Konzepts der Nation, wie man es heute in Ungarn kennt.

Natürlich war dieser Prozess nicht einfach und frei von politischen Kontroversen. Schon die aus dem Zusammenhang gerissenen Sätze einer Rede von József Antall, dem ersten demokratisch gewählten Regierungschef Ungarns seit mehr als 40 Jahren, lösten eine Woche nach seinem Amtsantritt eine heftige Debatte zwischen der damaligen bürgerlichen Opposition und Vertretern der nationalkonservativen Regierung aus. Gleichzeitig verdeutlichten sie die ideologischen Bruchlinien, die auch heute noch bestehen zwischen der ungarischen Nation als inklusivem, grenzüberschreitendem Gebilde (Mitte-Rechts-Parteien) und einer Nation, die exklusiv strikt auf die Grenzen des Landes beschränkt ist (linksliberale Parteien).

In seiner Rede brachte Antall seinen Glauben an die friedliche Wiedervereinigung der Ungarn als eine durch die Geschichte geteilte Nation zum Ausdruck. Er sagte: „Im rechtlichen Sinne,

auf der Grundlage des ungarischen Gewohnheitsrechts, möchte ich der Ministerpräsident aller ungarischen Bürger sein, dieses Landes mit zehn Millionen - im Geist und im Gefühl - fünfzehn Millionen Ungarn.“ Die bewusste Verdrehung der Worte des Ministerpräsidenten durch die linksliberale Opposition, die in Antalls Rede Anzeichen für einen angeblichen Revanchismus sah, war jedoch nur das erste spektakuläre Aufflackern der politischen Debatte über das Konzept der Nation. Eine noch hitzigere öffentliche Debatte fand im Dezember 2004 im Rahmen eines entscheidenden Doppelreferendums statt, bei dem die Bürger neben der Frage der Privatisierung der Krankenhäuser auch über die Schaffung eines Gesetzes abstimmen konnten, das ethnischen Ungarn, die die ungarische Staatsbürgerschaft beanspruchen und nicht in Ungarn leben, die vereinfachte Einbürgerung ermöglicht hätte. Die linke Gyurcsány-Regierung, die mit dem Schreckensbild eines schrumpfenden Arbeitsmarktes und des Abbaus von Sozialleistungen Wahlkampf machte, förderte die ungültige Stimmabgabe und hetzte damit die Ungarn jenseits der ungarischen Grenzen gegen das ungarische Volk im Mutterland auf. Wegen der geringen Wahlbeteiligung war das Referendum in beiden Fragen letztlich nicht gültig. Der Ausgang des Referendums hatte zwar keine Folgen für die Krankenversorgung, belastete aber das Verhältnis zwischen der ungarischen Politik und den jenseits der Grenze lebenden Ungarn nachhaltig.

Die Teilung der ungarischen Nation in ein diesseits und ein jenseits der Grenze erwies sich kurzfristig als politische Sackgasse. Die Entscheidung entfremdete nicht nur die Auslandsungarn vom linksliberalen Spektrum des politischen Lebens, sondern ermöglichte es auch den bürgerlichen Parteien, die seit 2010 an der Regierung sind, diesen Fehler mit überwältigender Unterstützung zu korrigieren. Die bürgerlichen Regierungen haben aus den historischen Fehlern der anderen Parteien gelernt und versuchen nun, die Beziehung der außerhalb der Landesgrenzen lebenden Ungarn zum Mutterland zu vertiefen und in einigen Fällen wiederherzustellen, indem sie das Zugehörigkeitsgefühl zur ungarischen Nation so umfassend wie möglich stärken.

Der Wunsch nach der Gestaltung der historischen Erinnerung, oder mit anderen Worten nach der Ausübung der Erinnerungspolitik, ist genauso alt wie der Gedanke des ungarischen Nationalstaates. Diese Erinnerungspolitik geht wesensbedingt über die Entstehung des eigenständigen ungarischen Nationalstaates hinaus, ihre Wurzeln gehen in die kaiserlich-königliche österreichisch-ungarische Monarchie um die Wende des 19. zum 20. Jahrhundert zurück. Mit dieser Analyse sollen primär von diesem Zeitraum ausgehend verschiedene Eckpunkte der ungarischen Erinnerungspolitik in den vergangenen anderthalb Jahrhunderten

beleuchtet werden, wobei insbesondere auf die bedeutenden und in vielerlei Hinsicht bis heute offenen Streitfragen eingegangen werden soll. Dabei gilt es festzuhalten, dass in Anbetracht des Zwecks dieser Darstellung und des vorrangig ausländischen Zielpublikums den Schwerpunkt die wichtigsten Aspekte im Verhältnis zur Vergangenheit bilden und nicht die Vermittlung der wissenschaftlichen Prämissen der ungarischen Erinnerungspolitik.

2. „Tausend Jahre inmitten von Europa"

Obwohl die nach dem österreichisch-ungarischen Ausgleich im Jahre 1867 entstandene k.-u.-k.-Monarchie ganz und gar nicht als Nationalstaat zu bezeichnen war, haben die innere Struktur der Doppelmonarchie wie auch der Wunsch der politischen Elite Ungarns nach historischer Selbstfindung gemeinsam dazu beigetragen, bestimmte bis heute gültige Grundthesen der Erinnerungspolitik Ungarns zu definieren. Eine Ausnahme bildete die Erinnerungspolitik unter dem Vorzeichen der kommunistischen Herrschaft.

Die Grundthese „Tausend Jahre inmitten von Europa" geht von der Ankunft der ungarischen Stämme im Karpatenbecken (der *Landnahme*), sowie der auf diese Landnahme zurückgeführten Entstehung des ungarischen Staates aus. Ende des neunten, Anfang des zehnten Jahrhunderts hat der nomadische Stammesverband die Region ohne nennenswerten Widerstand eingenommen, sich niedergelassen und wurde innerhalb eines Jahrhunderts zu einem christlichen Königreich. Dieses Bild hat nicht umsonst eine grundlegende Rolle in der Erinnerungspolitik Ungarns. Die Vertretung der Kontinuität des an den Grenzen der westlich-christlichen Welt entstandenen, inmitten Mitteleuropas liegenden und in den Wirren der Geschichte mehrfach in der territorialen Integrität und der tatsächlichen Unabhängigkeit in Mitleidenschaft gezogenen mittelalterlichen Ungarischen Königreichs ist gleichbedeutend mit der Formulierung der Bestrebungen des jeweiligen ungarischen Nationalstaates. Dadurch, dass das Land dem Einfall verschiedenster Stämme aus dem Osten (den Tataren, den Ausbreitungsbestrebungen der Ottomanen) ausgesetzt und durch Legitimationsbestrebungen gegenüber westeuropäischen Staaten geprägt war, trug das – ähnlich wie in Polen – zu einem vermehrten Auftreten der Bezeichnung als „Bollwerk der Christenheit" zuerst in der Außen- und später auch in der Erinnerungspolitik bei. Diese beiden Elemente wurden bei der Ermittlung der ungarischen historischen Identität und auch im Verhältnis zu anderen Nationen Europas in Erinnerung vergegenwärtigt, sei es in der Zeit des Dualismus im 19-20. Jahrhundert, der Zeit der nationalstaatlichen Bestrebungen der Nachbarn, die zu Ungunsten der territorialen Integrität Ungarns realisiert wurden, oder aber auch im Ungarn dieser Tage.

Eines der ersten – und für das Stadtbild von Budapest bis heute prägendsten – Ereignisse der ungarischen Erinnerungspolitik in der Moderne waren die Millenniumsfeierlichkeiten des Jahres 1896. Zum tausendjährigen (oder Millenniums-)Jubiläum der Staatsgründung wurden damals vom 2. Mai bis zum 31. Oktober Festivitäten im ganzen Land organisiert. Dadurch sollte die Grandeur des zur dualistischen k.u.k.-Monarchie gehörenden Königreichs Ungarn dargestellt und die historische Kontinuität der ungarischen Staatlichkeit vor Augen geführt werden. Vom Ideal einer tatsächlich geteilten Macht zwischen Österreich und Ungarn war man damals noch weit entfernt, nichtsdestotrotz wollte Budapest im Alltag und vor Allem im eigenen Selbstverständnis mit Wien gleichziehen. Im Rahmen der Millenniumsfeiern wurde in der ungarischen Hauptstadt umfangreich in die Stadtentwicklung investiert, selbst wenn ein Teil der Bauwerke und Infrastrukturprojekte wegen Verzögerungen erst Jahre später übergeben werden konnte. Dadurch sollte weltstädtisches Flair demonstriert werden. Im Hinblick auf die Erinnerungspolitik spielt das auf dem Budapester Heldenplatz stehende – und mit einem Verzug von 10 Jahren erst 1906 übergebene - Millenniumsdenkmal die wichtigste Rolle. Dieses Denkmal ist bis heute in der Erinnerungspolitik das bedeutendste Symbol der seit 896 kontinuierlich bestehenden ungarischen Staatlichkeit.

Das unterschiedliche Verhältnis wechselnder politischer Epochen zum Denkmal und des von ihm verkörperten Geschichtsbildes dient als Paradebeispiel für die Vielfältigkeit, der von der ungarischen Geschichte des 20. Jahrhunderts definierten unterschiedlichen Richtungen der Erinnerungspolitik. Während des kurzen Bestehens der Räterepublik wurde durch das Verdecken der national-christlichen Teile des Millenniumsdenkmals ein „Werk“ zum Ruhme der internationalen Arbeiterbewegung geschaffen, wobei in der nachfolgenden Regentschaft von Horthy das Denkmal in seiner ursprünglichen Form wiederhergestellt wurde. Die während der der Belagerung Budapests (1944-1945) entstandenen Schäden wurden von der neuen kommunistischen Staatsmacht nur teilweise ausgebessert – anstelle der Statuen der Könige aus dem Hause Habsburg kamen führende Gestalten verschiedener Freiheitskämpfe der ungarischen Nation. Durch diesen Schritt hat das Denkmal seine heutige Form erhalten.

Das Millenniumsdenkmal in den stürmischen Wirren der Geschichte. Abb. 1: Das Millenniumsdenkmal 1917[1]; Abb. 2: Am ersten Mai 1919.[2]

[1] (Berecz Bildnummer 175029)
[2] (Karl Marx szobra 1919. május elsején a Hősök terén (1919) Bildnummer 020375)

3. Nach dem Ende des Ersten Weltkrieges: Trianon

Abgesehen von der kurzzeitigen Räterepublik, die im Zeichen der Internationale bereits hat anklingen lassen, dass eine nationale Erinnerungspolitik schematisiert oder verworfen werden sollte, musste die Erinnerungspolitik in den Jahren zwischen den beiden Weltkriegen Antworten auf zwei einander grundsätzlich widersprechende Sachverhalte finden. Einerseits brachte das Ende des Ersten Weltkrieges die in der ungarischen Gesellschaft und in einem Teil der politischen Elite heiß ersehnte nationale Unabhängigkeit und Eigenstaatlichkeit, andererseits wurde die Unabhängigkeit von den für Ungarn tragischen Inhalten des am 4. Juni 1920 unterzeichneten Friedensvertrages von Trianon- überschattet. Durch diesen Vertrag ging ein erheblicher Teil von historisch zu Ungarn gehörenden Gebieten mit bedeutenden ungarischen Bevölkerungsanteilen an die Nachbarländer. Das Königreich Ungarn hat etwas mehr als zwei Drittel seiner Fläche, nämlich 67 % von 325.411 km^2 verloren (ohne Kroatien waren es 282.870 km^2, die zu 71 % verloren gingen) und schrumpfte auf 92.952 km^2. Die Bevölkerung verringerte sich von 18,2 Millionen, gemäß den Erhebungen aus dem Jahr 1910, auf weniger als die Hälfte (7,6 Millionen).

Die Statuengruppe und die Gedenkstätte für Großungarn am Szabadság tér, dem Freiheitsplatz in Budapest im Jahr 1940.[3]

Die Folgen des Friedensvertrages galten nicht nur in der damaligen Öffentlichkeit als nationale Tragödie: selbst Hundert Jahre später gilt „Trianon“ im öffentlichen Bewusstsein immer noch oft als ungerechter „aufgezwungener Friedensschluss“. Das Verhältnis zu „Trianon“ war noch

[3] (Miklós Bildnummer 152897)

vor wenigen Jahren Gegenstand der öffentlichen Debatte. Inhalt und Botschaft des Friedensvertrages waren jedoch vor allem für die Erinnerungspolitik der sog. „Horthy-Zeit“ zwischen den beiden Weltkriegen entscheidend. Der auf die Rückführung verlorener Gebiete gerichtete Revanchismus hat nicht nur die politische Debatte, sondern auch die Erinnerungspolitik geprägt. Der Drang nach den „tausendjährigen“ historischen Grenzen und der historischen Gerechtigkeit (mit dem vielzitierten Leitsatz „Gerechtigkeit für Ungarn!“) hat schnurstracks dazu geführt, dass sich Ungarn den Achsenmächten, zuerst dem faschistischen Italien, später Nazideutschland, angedient hat, die den revanchistischen Kampf gegen die neue europäische Ordnung ausriefen – und die teilweise zukünftige Rückführung der von Ungarn entrissenen Gebiete versprachen. Das Bedürfnis, „Großungarn“ und die „tausendjährigen Grenzen“ wiederherzustellen und die verlorengegangenen Gebiete wieder heimzuholen, wurde mit der Darstellung der Tragödie, die die Nation in Mitleidenschaft gezogen hat, zum absoluten Bezugspunkt in dieser Epoche. Die Jahrzehnte zwischen den beiden Weltkriegen waren begleitet von den Bestrebungen, diesen Wunsch im In- und Ausland darzustellen und haben dadurch dazu beigetragen, dass die Frage der Revision die Politik und die öffentliche Diskussion beherrschte.

Während der Jahrzehnte der kommunistischen Diktatur nach 1949 galt die Frage der Friedensverträge aus ideologisch-politischen Gründen als Tabu, schließlich waren Ungarn und die meisten Nachbarländer nunmehr im gleichen „sozialistischen“ Block. Hier war es nicht angeraten, der Nationalitätenfrage allzu sehr auf den Grund zu gehen. Im Gegensatz dazu haben nach der Wendezeit der Zwang, der Existenz als Kleinstaat ins Auge zu sehen, wie auch existenzielle Schwierigkeiten und Konflikte rund um die Lage der nationalen Minderheiten in den Nachbarstaaten mit dem immer noch unverarbeiteten Trianon-Trauma insgesamt dazu beigetragen, dass die erinnerungspolitischen Bestrebungen rund um diese Entscheidung wieder in den Vordergrund traten.[4] In den 1990-er Jahren kam im rechten Spektrum der politischen Diskussion die Rede davon auf, der „historischen Gerechtigkeit Genüge zu tun“. Auf politischer Ebene hat die erste frei gewählte Regierung von József Antall Schritte Versuche unternommen, die Lage der Auslandsungarn zu verbessern, zugleich aber wurde der Friedensschluss – außenpolitisch verständlich – nicht offiziell zu einem Bestandteil der veränderten Erinnerungspolitik des neuen demokratischen Staates in Ungarn.[5] Die Bedeutung in der öffentlichen Diskussion war allerdings damals schon nicht in Frage zu stellen. In der Nachwendezeit haben hunderte von Kommunen entschieden, Denkmäler zur Erinnerung an den

[4] (Kovács 2015), S. 93.
[5] (Jeszenszky 2016), S. 394.

Friedensschluss aufzustellen, wobei oft auch die ehemaligen Staatsgrenzen dargestellt wurden. Die Umrisse Großungarns waren nicht nur an den Gedenkstätten zu erkennen, sondern wurden zu einem der wichtigsten Symbole der national-radikalen und rechtsextremen politischen Parteien und Organisationen (mitsamt der rot-weiß gestreiften Erkennungszeichen des mittelalterlichen Königshauses der Árpád und dem Turul-Vogel aus der ungarischen Mythologie).

Variationen für die Verwendung des Motivs von Großungarn. Abb. 1: im 21. Stadtbezirk von Budapest - Csepel, Das 2010 eingeweihte Trianon-Denkmal im Garten der katholischen Herz-Jesu-Kirche am Béke tér, dem Friedensplatz im Stadtteil.[6]

Nach dem Wahlsieg 2010 hat die zweite Regierung Orbán (von 2010 bis 2014) die weitere Ausgestaltung der nationalen Erinnerungspolitik zu einem ihrer Ziele erklärt.[7] Durch das Gesetz Nr. 45 aus dem Jahr 2010 wurde der 4. Juni, der Tag der Unterzeichnung des Friedensvertrages, offiziell zum Tag der nationalen Zusammengehörigkeit erklärt. Am hundertsten Jahrestag wurden 2020 überall im Land Gedenkfeiern und Veranstaltungen durchgeführt.

Der 100. Jahrestag von Trianon bot auch die Gelegenheit, sich der Vergangenheit zu stellen und den politischen Funken des Revisionismus, der in der Zeit nach dem Regimewechsel noch auf und ab flog, ein Ende zu setzen, da die Einigung der Ungarn, die jahrzehntelang aussichtslos schien, durch die Ausweitung des Begriffs der Nation und seiner Konkretisierung erreicht

[6] (Budapest-Csepel2, Trianon-emlékmű kein Datum)
[7] Den Schwerpunkt der erinnerungspolitischen Zielsetzungen der ersten Regierung Orbán (von 1998 bis 2002) bildeten das Gedenken an den Holocaust in Ungarn und an die Opfer des Kommunismus (s. später).

wurde. In seiner Festrede anlässlich der Enthüllung des Denkmals der nationalen Einheit am 20. August 2020 sprach Ministerpräsident Viktor Orbán vom „Ende der ungarischen Einsamkeit von 100 Jahren Trianon“, einer Zeit, die gezeigt hat, wie verletzlich Ungarn und die ungarische Nation werden können, wenn sie sich den Herausforderungen der Geschichte allein stellen. Ungarn hat aus der Vergangenheit gelernt und verstanden, dass es anstelle von Nationalismus und Revanchismus auf Dialog und Zusammenarbeit setzen muss, um Ungarn und Mitteleuropa - und nicht andere - zu den Gestaltern seines eigenen Schicksals zu machen.[8]

4. Der Holocaust in Ungarn und die Erinnerung an den zweiten Weltkrieg

Das Gedenken an den Holocaust war in Ungarn nach dem Zweiten Weltkrieg jahrzehntelang ein Tabu. In der Narrative der nach 1949 etablierten kommunistischen Staatsmacht hinsichtlich des Zweiten Weltkriegs stand – aus ideologisch-politischen Gründen und aus Absichten der eigenen Legitimation – der Standpunkt der siegreichen sowjetischen Truppen im Mittelpunkt. Über jüdische und nichtjüdische Opfer in Ungarn durfte somit kaum gesprochen werden. Stattdessen lag die kollektive Schuld der Elite und zum Teil auch der Gesellschaft des früheren politischen Systems (Ungarn soll ja der „letzte Handlanger“ für das zum Scheitern verurteilte Nazideutschland gewesen sein), die Verherrlichung der Sieger („die heldenhaften Befreier der sowjetischen Roten Armee“) oder die überzogene Darstellung der Rolle des antifaschistischen Widerstands in Ungarn (die Legitimierung ungarischer Kommunisten) im Fokus. Erst unter Kádár konnten erste Ansätze der vorsichtigen Annäherung an das Thema Holocaust und der zivilen und militärischen Verluste des Krieges in Angriff genommen werden. Die Aufstellung der ersten Werke im öffentlichen Raum, die typischerweise ein Gedenken an die Retter von Juden und nicht an die Opfer selbst waren, ließ bis in die letzten Vorwendejahre auf sich warten. In der offiziellen Erinnerung wurden die jüdischen Opfer selbst erst nach 1990 erwähnt.[9]

Die Form der Darstellung der Opfer und jener, die sie zu retten versuchten, wie auch die Art, wie man sich mit der Rolle der Ungarn auseinandersetzen sollte, entzweit bis heute Politik, Öffentlichkeit und Gesellschaft. Kritiker meinen, dass in der ungarischen Erinnerungspolitik der Nachwendezeit bewusst Retter ihrer Mitmenschen in den Vordergrund gestellt wurden (mit Straßen und Plätzen, die nach ihnen benannt wurden, wie auch mit Statuen), wobei die Erinnerung an die tatsächlichen Opfer in den Hintergrund getreten ist und der Verantwortung der Ungarn selbst nicht auf den Grund gegangen wurde. Tatsache ist, dass sich die Erinnerungspolitik in dieser Hinsicht vor allem auf die kollektive Tragödie des Holocaust und

[8] (Orbán, Orbán Viktor beszéde az Összetartozás emlékhely avatásán 2020)
[9] (Gyáni 2016), S. 187.

auf individuelle Beispiele der Menschlichkeit fokussiert und kaum über Schuldige und Täter gesprochen wird. Der Grund ist in den Besonderheiten der ungarischen Geschichte des 20. Jahrhunderts zu suchen. Am Ende des Zweiten Weltkriegs musste Ungarn als eines der Verliererländer nicht nur auf jegliche Hoffnungen auf eine Revision der Klauseln des Friedensvertrages verzichten, sondern zugleich die Augen vor einem entsetzlichen Umgang mit einem Teil der in den Nachbarländern lebenden Ungarn oder ihrer Vertreibung verschließen. In dieser Situation hatte der unabhängige ungarische Staat keine Möglichkeit, der unmittelbaren Vergangenheit ins Auge zu sehen. Die folgenden Jahrzehnte waren vom Stigma der Kollektivschuld und der freiwilligen oder auferlegten Verheimlichung überschattet. Dadurch konnte eine eingehende Abrechnung mit der Vergangenheit nicht stattfinden, was nicht nur Pietätsbezeugungen, sondern auch die hinreichende Diskussion um die Frage der Schuld und der Schuldigen verhindert hat.

Dementsprechend oder auch bewusst haben die wechselnden Regierungen in den 1990-er Jahren sich von einer überzogenen Ansprache dieser Fragen enthalten oder aber wollten über die Beispiele der kollektiven Erinnerung und dem individuellen Heldentum die geerbte Verschweigung und Verallgemeinerung überwinden. 1999 fiel die Entscheidung, ein Museum über die Geschichte des Holocaust ins Leben zu rufen, das in der Nachbarschaft der Synagoge in der Budapester Páva utca mit einer einzigartigen Integration der Gebetsstätte erfolgt ist. Das Holocaust-Dokumentations- und Gedenkzentrum in Budapest – eines der wenigen staatlich gegründeten Einrichtungen mit einem exklusiven Fokus auf den Holocaust – wurde 2005 eröffnet. Die ungarische Regierung hat im Jahr 2000 beschlossen, dass der 16. April – im Jahre 1944 haben an diesem Tag Beamte der mit der Nazibesatzung kollaborierenden ungarischen Behörden mit der Einrichtung der ersten Ghettos und Sammellager in der transkarpatischen Region des damaligen Ungarn begonnen – der Gedenktag für die Opfer des Holocausts in Ungarn werden soll. Dieser Gedenktag wurde erstmals 2001 begangen.

Trotz all dieser Ergebnisse gilt die Integration des Holocaust in Ungarn in die nationale Erinnerungspolitik bis heute als ein äußerst prekäres Thema. Bestimmte Bestrebungen zu einer Neugestaltung haben dadurch fast ausnahmslos zu heftigen Diskussionen geführt. Bestes Beispiel ist hier die langwierige Diskussion rund um die Entstehung des in Budapest geplanten Europäischen Bildungszentrums „Haus der Schicksale“. Die ursprünglich für 2014 vorgesehene Eröffnung des Zentrums ist wegen der Streitigkeiten rund um das ursprüngliche Konzept – die auch die jüdische Gemeinschaft und die jüdischen Organisationen in Ungarn

entzweit – bis heute nicht erfolgt, obwohl der Gebäudekomplex des Zentrums schon vor Jahren größtenteils eingerichtet wurde.

Ebenso heftig umstritten ist in der öffentlichen Diskussion das Engagement Ungarns im Zweiten Weltkrieg wie auch die Unabhängigkeit des ungarischen Staates während des Krieges und damit die Verantwortung für die Beteiligung während der Endphase des Holocaust. Aus den bereits dargestellten historischen Gründen war es dem neuen demokratischen Ungarn für ein knappes halbes Jahrhundert, wegen der bewussten Entscheidung der politischen Akteure, nicht vergönnt, sich mit diesem Kapitel der ungarischen Vergangenheit konsequent zu konfrontieren, obwohl die Frage im wissenschaftlich-kulturellen Bereich diskutiert worden ist. Durch das 2010 verabschiedete neue Grundgesetz wurde allerdings die Diskussion auf die politische Bühne getrieben. Als Bestandteil des Nationalen Bekenntnisses zu Beginn des Grundgesetzes erklärt der Gesetzgeber, dass Ungarn am 19. März 1944 mit der deutschen Besatzung des Landes seine staatliche Selbstbestimmung eingebüßt hat.[10]

Das Grundgesetz betrachtet die Wiederherstellung dieses Zustandes ab dem 2. Mai 1990, ab dem Zustandekommen der ersten frei gewählten Volksvertretung. Nach dem Wortlaut des Gesetzes gilt dieser Tag als der Beginn der neuen demokratischen und verfassungsmäßigen Ordnung des Landes.

Kritiker meinen, dass die zweite Regierung Orbán mit dieser Textfassung des neuen Grundgesetzes in der Frage der Verantwortung Ungarns eindeutig Stellung bezogen und die Verantwortung für den ungarischen Holocaust und die Kriegszerstörung des Landes der deutschen Besatzungsmacht zugeschrieben hat. Zu weiteren Diskussionen hat hier das 2014 auf dem Szabadság tér, dem Freiheitsplatz in Budapest, aufgestellte Denkmal für die Opfer der deutschen Besatzung geführt.

Auf Initiative Ungarns, Polens und Litauens hat die Europäische Union 2011 den 23. August, den Tag der Unterzeichnung des Molotow-Ribbentrop-Pakts, zum europäischen Gedenktag der Opfer totalitärer Diktaturen erklärt.

5. Die Deportation und Vertreibung der Ungarndeutschen

Im Jahr 2012 erklärte das ungarische Parlament den 19. Januar zum Tag des Gedenkens an die Deportation der Deutschen in Ungarn. Das Datum des Gedenktages verweist auf den Beginn der organisierten Vertreibung der Deutschen aus Ungarn, denn an diesem Tag im Jahr 1946

[10] (Ungarisches Grundgesetz 2011)

fuhr der erste Zug mit zwangsumgesiedelten Deutschen aus Ungarn in den Westen. Ungarn, das nach dem Zweiten Weltkrieg in Trümmern lag und unter der Kontrolle der Alliierten Kontrollkommission stand, hatte ursprünglich keine Massendeportation der Deutschen in Ungarn geplant, um keinen gefährlichen Präzedenzfall für die ungarische Bevölkerung in den von Deportation bedrohten Nachbarländern zu schaffen. Dennoch leitete die Provisorische Nationale Regierung Ungarns im Mai 1945 als Reaktion auf die innen- und außenpolitischen Schwierigkeiten des Landes die Evakuierung ein. Durch die Deportation der Deutschen in Ungarn und den Erwerb ihres Eigentums wollte die Regierung die Lage der landlosen ungarischen Bevölkerung verbessern, ungarische Flüchtlinge aus den Nachbarländern umsiedeln und Ungarn als Opfer der deutschen Kollektivschuld darstellen. Mit Genehmigung der alliierten Mächte wurden zwischen dem 19. Januar 1946 und dem 30. Juni 1948 etwa 200-220 Tausend Menschen deutscher Nationalität aus Ungarn in die auf deutschem Gebiet eingerichteten Besatzungszonen umgesiedelt. Die Deportation der Deutschen in Ungarn erleichterte jedoch die innen- und außenpolitischen Probleme nicht und schwächte die Position der ungarischen Regierung gegenüber den benachbarten Siegerstaaten, insbesondere der Tschechoslowakei, die die Deportation der Deutschen in Ungarn als Präzedenzfall nutzte, um dem ungarischen Staat einen – nominell reziproken – slowakisch-ungarischen Bevölkerungsaustausch aufzuzwingen. Ein beträchtlicher Teil der ersten Generation der vertriebenen Deutschen in Ungarn behielt seine ungarische Identität bis zum Ende ihres Lebens bei, und Tausende von ihnen beschlossen, nach Ungarn zurückzukehren und ihr Leben neu zu beginnen (die meisten von ihnen erhielten bis 1949 ihre Staatsbürgerschaft zurück), obwohl sie völlig enteignet worden waren.

In den Jahren des Kommunismus war die Frage der Ausweisung im Wesentlichen ein politisches Tabu, obwohl die Staatssicherheitsbehörden ab den 1950er Jahren Rückbesuche in Ungarn erlaubten und ungarische Staatsbürger, die aus dem Ausland zurückkehrten, um den Kontakt zu ihren Verwandten aufrechtzuerhalten, häufig mit Scheinanschuldigungen und Inhaftierungen belegt wurden. In dieser Zeit erlitten die Schwaben in Ungarn auch unersetzliche sprachliche und kulturelle Verluste. Dies hat unter anderem dazu geführt, dass die schwäbischen Dialekte nahezu verschwunden sind (aufgrund der erzwungenen Unterdrückung der schwäbischen Dialekte während der Rákosi-Ära werden sie heute nur noch von älteren Menschen gesprochen, während die Jugend in Schriftdeutsch unterrichtet wird).

Nach dem Regimewechsel konnte der nun offene Wiederaufbau der von der Gewalt zerrissenen lokalen Gemeinschaften beginnen, an dem sich die lokalen Regierungen und

Kulturorganisationen seit den 1990er Jahren aktiv beteiligten. Seit dem 19. Januar 2013 findet jährlich jeweils an einem anderen Ort eine zentrale nationale Gedenkfeier statt. 2016, zum 70. Jahrestag der Deportation der Deutschen in Ungarn, wies Ministerpräsident Viktor Orbán in seiner Rede am Vertreibungsdenkmal auf dem alten Friedhof von Budaörs auf die besondere Rolle der Deutschen in Ungarn im ungarischen Nationalgefüge hin: „Die Ungarndeutschen können bis auf den heutigen Tag eine Kultur die ihrige nennen, deren Fäden tief in das Gewebe der ungarischen Kultur eingeflochten sind. Wenn wir diese Fäden herauszögen, so würde das gesamte Gewebe zerfallen. Die ungarische schwäbische Gemeinschaft stellt einen organischen und unveräußerlichen Bestandteil der ungarischen Kultur dar. Wenn vor siebzig Jahren die Vertriebenen all das mitgenommen hätten, was die Ungarndeutschen oder Menschen deutscher Abstammung seit ihrer Ansiedlung für die ungarische Wirtschaft und Kultur getan hatten, dann wäre Ungarn heute bedeutend ärmer."[11]

Der nach dem Regimewechsel begonnene und nun abgeschlossene Versöhnungsprozess sowie die positive, heilende Wirkung des Gedenkens und Erinnerns haben es möglich gemacht, dass die tragischen Ereignisse des Zweiten Weltkriegs – im Gegensatz zu Polen und Tschechien – die Entwicklung der bilateralen ungarisch-deutschen Beziehungen nicht belasten.

6. Die Erinnerung an die kommunistische Diktatur

Parallel mit der Wende begann, ähnlich wie in den meisten Ländern des sozialistischen Blocks, auch in Ungarn die Beseitigung der Hinterlassenschaften der kommunistischen Erinnerungspolitik. Im Rahmen dessen wurden kommunistisch geprägte Werke von öffentlichen Plätzen entfernt, wobei ein Teil im Jahr 1993 eröffneten Memento-Park ausgestellt wird. Von den ehemals etlichen Hundert Werken im öffentlichen Raum ist heute in Budapest einzig das 1945 auf dem Freiheitsplatz eingeweihte Gedenkmal für die sowjetischen Helden zu besichtigen.

Das Verhältnis zu vier Jahrzehnten Vergangenheit im Kommunismus, dem stalinistischen System von Rákosi und insbesondere dem späteren System unter Kádár, den Vorfällen der Revolution 1956 wie auch dem Wendeverlauf, hat die Regierungen und Parteien des demokratischen Ungarn entzweit und entzweit sie bis heute. Während die Verurteilung der Sünden der unter dem System von Rákosi in voller Blüte etablierten kommunistischen Diktatur fast völlig einvernehmlich begleitet wird, wird das – insbesondere ab den 1960-er Jahren – „weichere", nachgiebigere System unter Kádár (der „Gulaschkommunismus" bzw. „die

[11] (Orbán, Orbán Viktor beszéde a magyarországi németek elhurcolásának és elűzetésének emléknapján 2016)

lustigste Baracke“) manchmal immer noch mit einer gewissen Nostalgie oder gar Zustimmung betrachtet.

Zu den strittigsten Fragen seit der Wende gehört bis heute, ob und wie die Tätigkeit der im Einparteienstaat aktiven Agenten öffentlich dargestellt werden soll. Dieser Streit, der auch nicht ganz frei von Einflüssen der aktuellen Tagespolitik ist, dauert bis heute an und obwohl die vielbeschworene „Agentenliste“ nicht veröffentlicht wurde (wobei auch die Aufstellung einer derartigen Liste aus vielerlei Gründen gänzlich unmöglich wäre) gab es in den vergangenen Jahren erhebliche Fortschritte in der Aufarbeitung vorhandener Dokumente. Inzwischen sind die meisten archivierten Unterlagen mitunter auch elektronisch im Historischen Archiv der Staatssicherheitsdienste für die Forschung freigegeben.[12]

Dem Gedenken an die kommunistische Diktatur sind derzeit mehrere Museen in Budapest und auch in anderen Städten Ungarns gewidmet. Dabei ist besonders das Museum *Haus des Terrors* in Budapest hervorzuheben, das seine Tore 2002 auf Initiative der ersten Regierung Orbán eröffnet hat. Das wichtigste Ziel des an einem symbolischen Ort eingerichteten Museums (das Gebäude in der Andrássy út 60 wurde früher als Stammsitz für die Ausübung sowohl des rechtsextremen als auch des linksextremen Terrors genutzt) besteht darin, die Erinnerung an die Diktaturen des 20. Jahrhunderts in Ungarn wachzuhalten. Das ungarische Parlament hat ebenfalls auf Initiative der ersten Regierung Orbán die Einführung eines Gedenktages in Erinnerung und als Wertschätzung der Opfer des Kommunismus bestimmt. Seit 2001 wird ungarnweit in Bildungs- und anderen öffentlichen Einrichtungen am 25. Februar – an diesem Tag wurde 1947 Béla Kovács, der Generalsekretär der Unabhängigen Partei der Kleinlandwirte, in die Sowjetunion verschleppt – den Opfern des Kommunismus gedacht. Ein Jahrzehnt später, 2012 und nunmehr unter der zweiten Regierung Orbán, hat das ungarische Parlament über die Einführung eines weiteren Gedenktages als Respektbezeugung vor den Opfern des Kommunismus entschieden. Laut diesem Beschluss wird ab 2012 jeweils am 25. November – am Tage der Heimkehr der ersten Gruppe der aus sowjetischen Gulag-Lagern freigelassenen ungarischen Gefangenen – an die politischen Gefangenen und Zwangsarbeiter gedacht, die in die Sowjetunion verschleppt wurden (Málenkij robot). Im Sinne der Vollmachten durch das Grundgesetz hat das Parlament 2013 über die Einrichtung des Nationalen Gedenkausschusses NEB entschieden. Die gesetzlich auferlegte Aufgabe des NEB besteht in der Wahrung des staatlichen Gedenkens an die kommunistische Diktatur, in der Erschließung der Machtausübung der kommunistischen Diktatur, wie auch in der Zusammenarbeit mit der

[12] (Máthé 2021), S. 570-572.

Staatsanwaltschaft in der Aufdeckung des Täterkreises bei den während der kommunistischen Diktatur begangenen und nicht verjährenden Straftaten.

Obwohl diese Frage nicht unmittelbar mit der Erinnerungspolitik des Kommunismus im Zusammenhang steht, spiegelt die Neugestaltung und Versetzung bestimmter – symbolischer und auch für das Stadtbild wichtiger – öffentlicher Plätze und Statuen im öffentlichen Raum nach 2010 ebenfalls die Absicht wider, der Vergangenheit kritisch ins Auge zu sehen. Deklariertes Ziel der zum Teil funktionalen, zum Teil das Erscheinungsbild betreffenden Veränderungen, die in erster Linie am Kossuth tér vor dem Parlamentsgebäude und im Burgviertel anzutreffen sind, ist, einzelne Bestandteile des während der Jahrzehnte des Kommunismus veränderten Stadtbildes dem ursprünglichen Zustand völlig oder möglichst nahekommend zu rekonstruieren.

7. 1956

Für das Selbstverständnis des heutigen demokratischen Ungarn ist die Erinnerung an die Revolution und den Freiheitskampf von 1956 von primärer Bedeutung. Der Tag, an dem die Revolution begann, ist ein Eckpfeiler der ungarischen nationalen Identität der Moderne und einer der drei Nationalfeiertage Ungarns. Die Rolle in der Erinnerungspolitik hängt eng mit einer Abfolge von Schlüsselmomenten der Wende in Ungarn zusammen. 1956 verkörpert gemeinsam mit den Ereignissen des Freiheitskampfes von 1848-1849 das Ideal einer auf die Erlangung der nationalen Identität und Staatlichkeit gerichteten nationalen Bewegung, die von den Menschenmassen begeistert unterstützt wird. Obschon diese Revolutionsbewegungen markant unterschiedliche Vorzeichen trugen, war ihnen der Kampf gegen fremde Mächte gemein. Daher ist es kein Zufall, dass sie heute zwei wichtige Eckpfeiler der nationalen Identität der Ungarn bilden.

Während der Zeit des Kommunismus hat der Einparteienstaat die Ereignisse des Jahres 1956 teils verschwiegen, teils als eine von reaktionären Elementen organisierte Konterrevolution abgestempelt.[13] Staatsminister Imre Pozsgay vom Reformflügel der Ungarischen Sozialistischen Arbeiterpartei bezeichnete die damaligen Ereignisse in aller Öffentlichkeit als Volksaufstand, wobei dieses Ereignis neben der feierlichen Wiederbestattung des hingerichteten Ministerpräsidenten Imre Nagy und seiner Politikerkollegen im Juni 1989 den nahenden Wendepunkt anklingen ließ. 33 Jahre nach dem Ausbruch der Revolution, am 23. Oktober 1989, hat der provisorische Staatspräsident Mátyás Szűrös von einem der Balkone des

[13] (Ripp 2002), S. 235-250.

Parlamentsgebäudes die Dritte Republik Ungarn ausgerufen. Den 23. Oktober hat die nach der Wende gewählte erste demokratische Nationalversammlung 1990 vorerst als gemeinsamen Feiertag der Ausrufung der Dritten Republik und der Revolution von 1956 zu einem der Nationalfeiertage erklärt.

Wegen der besonderen historischen Rolle war die Beurteilung von 1956 und die Art und Weise der Erinnerung an die Ereignisse oder ihre Darstellung in der Erinnerungspolitik seit Anfang der 1990-er Jahre Gegenstand kontinuierlicher politischer Diskussionen.[14] Abgesehen von der Legislaturperiode der ersten Regierung Orbán von 1998 bis 2002 waren von 1994 bis 2010 linksliberale Parteien an der Macht in Ungarn, die bei der feierlichen Erinnerung an 1956 den Hauptschwerpunkt in erster Linie auf die Person des reformkommunistischen Ministerpräsidenten Imre Nagy legen wollten. Dem entgegen stellten die bürgerlichen Regierungen die namenlos gebliebenen Beteiligten der Revolution und, zur Betonung des das gesamte Volk bewegenden Charakters der Revolution, die „Jungs von Pest“ in den Vordergrund. Im Zuge der Jahre hat sich kein einheitlicher gesamtpolitischer Konsens etabliert, was den Austragungsort der zentralen staatlichen Feierlichkeiten betrifft. Bestes Beispiel dafür ist auch der Fall des zum 50-jährigen Jubiläum der Revolution übergebenen Denkmals für die Revolution 1956. Das Konzept der Gruppe nonfigurativer Statuen wurde seit der Veröffentlichung der Pläne von Organisationen der Beteiligten der Revolution 1956 und von den bürgerlichen Parteien mit heftiger Kritik begleitet, trotzdem hat sich die Linksregierung unter Gyurcsány für die Umsetzung der ursprünglichen Pläne entschieden. Das 2006 übergebene Denkmal galt bis 2009 als eines der zentralen Austragungsorte der staatlichen Gedenkveranstaltungen, nach dem Regierungswechsel 2010 wurde dieser Ort vollends von den Stationen der zentralstaatlichen Feierlichkeiten ausgeklammert.

8. Das Paneuropäische Picknick – Der Kampf um die Jahrestage

Die Einführung des sogenannten Weltpasses für ungarische Staatsangehörige Anfang 1988 setzte einen regen Reiseverkehr in Gang, da die Ungarn nunmehr in jedes Land der Welt reisen konnten. Infolgedessen nahm die Zahl illegaler Grenzübertritte ungarischer Bürger rapide ab, bereits 1988 wurden 98 Prozent dieser Vergehen von Staatsbürgern anderer Ostblockländer begangen.[15]

Nach Absprache mit der sowjetischen Parteiführung wurde am 2. Mai 1989 mit dem Abbau der technischen Schleuse an der Westgrenze begonnen. Der Hauptgrund dafür war, dass die

[14] (Fazekas 2017), S. 95-101.
[15] (Bauer, Paneuropäisches Picknick bei Sopron 2019)

Regierung nicht bereit war, beträchtliche Summen in die Sanierung von Grenzanlagen zu investieren, die das Land nicht mehr brauchte oder wollte.[16] Diese Initiative war auch ein Versuch, einen engeren Austausch mit dem Westen zu wagen. Parallel zu dieser Veranstaltung wurde das Paneuropa-Picknick organisiert.

Die Idee des Paneuropäischen Picknicks wurde am 20. Juni 1989 in Debrecen geboren, Otto von Habsburg war von dortigen Oppositionellen eingeladen worden, um einen Vortrag zu halten. Habsburg engagierte sich während seiner Zeit energisch für die Interessen der unterdrückten Völker Mittel- und Osteuropas, besonders der Ungarn. Nach dem Vortrag saßen die Organisatoren mit Otto von Habsburg zusammen, wobei sich spontan die Idee ergab, dass eines Tages in einem freien und zusammenwachsenden Europa an der Grenze zwischen Ungarn und Österreich Menschen aus beiden Nationen ein Paneuropäisches Picknick veranstalten könnten. Nach einer langen Suche fiel die Entscheidung letztlich auf Sopron. Wenige Tage vor dem Picknick erhielten die Organisatoren die Bestätigung, dass es an einer provisorischen Grenzübergangsstelle für Österreicher und Ungarn mit gültigen Ausweisdokumenten tatsächlich möglich sei, am 19. August 1989 die Grenze für drei Stunden zu passieren.

„Inzwischen, angespornt durch die Nachrichten über den Abbau der Grenze und das Ende der politischen Eiszeit in Ungarn, hofften Tausende Ostdeutsche in diesem Sommer auf eine Möglichkeit, von Ungarn aus in den Westen zu gelangen. Die Nachricht vom Paneuropäischen Picknick am 19. August 1989 verbreitete sich wie ein Lauffeuer unter diesen in Ungarn weilenden Menschen. Tatsächlich war es in Ungarn alles andere als ein Geheimnis, was in Sopron geplant war. Die Grenzer in Sopron wurden am Tag des Paneuropäischen Picknicks von der großen Zahl hoffnungsvoll eintreffender Ostdeutscher völlig überrascht, trotzdem beschlossen sie nicht einzugreifen. Bis in die frühen Abendstunden gelangten so zwischen 600 und 700 DDR-Flüchtlinge in drei Schüben und vielen spontanen kleineren Durchbrüchen nach Österreich. In seiner Singularität stellte dieses Ereignis zugleich auch die größte Massenflucht seit dem Bau der Berliner Mauer dar.“[17] Für die DDR wurde das Paneuropäische Picknick ein entscheidender Moment. Die Sowjetunion griff nicht ein und ließ die Ungarn gewähren. Einige Tage nach dem Tod von Kurt-Werner Schulz am 21. August 1989 – des offiziell letzten Opfers des Eisernen Vorhangs an der Grenze zu Österreich – entschied sich die ungarische Regierung für die dauerhafte Öffnung der Grenze für Flüchtlinge aus der DDR. Bis zur endgültigen

[16] (Gyarmati 2014), S. 78-82.
[17] (Bauer, Paneuropäisches Picknick bei Sopron 2019)

Grenzöffnung im September 1989 wurden an der Westgrenze Ungarns etwa 7.200 DDR-Flüchtlinge aufgegriffen, gut 6.200 gelang die Flucht.

Mit Blick auf das historische Gedächtnis und das kollektive Erinnern an die Ereignisse von 1989 herrscht heute jedoch kein Konsens. Im Kontrast zu der Zeit nach dem Regimewechsel haben sich aus Gründen, die in erster Linie mit der aktuellen Politik zusammenhängen, inzwischen unterschiedliche Interpretationen über die genaue Festlegung der Vorkommisse und Umstände, die zu Öffnung der Grenze führten, ergeben.

Am 27. Juni 1989 durchschnitten die Außenminister von Österreich und Ungarn, Alois Mock und Gyula Horn, den Grenzzaun zwischen den beiden Ländern und damit symbolisch auch den Eisernen Vorhang". Die dabei entstandene geschichtsträchtige Aufnahme der beiden Politiker wurde weltbekannt als das Sinnbild der ungarischen Grenzöffnung. „Dabei wussten viele nicht, dass an der Stelle, an der die beiden Politiker aufeinandertrafen, gar keine Grenzbefestigungsanlage mehr stand, ja dass sie vielmehr eigens für diese Aktion wieder aufgebaut worden war. Der inszenierte Durchschnitt des Zauns am 27. Juni war eine österreichisch-ungarische politische Aktion von großer PR-Bedeutung und weltweiter medialer Wirkung. Für die eigentliche historische Entwicklung waren jedoch die Ereignisse des 2. Mai 1989 bzw. das Paneuropäische Picknick am 19. August 1989 viel bedeutsamer. Diese Einsicht setzte sich jedoch erst gegen Ende der 1990er Jahre durch. Sehr oft geht nämlich in Ostmitteleuropa mit der Besetzung historischer Daten und Fakten auch das Streben nach der Deutungshoheit über ein historisches Ereignis einher. Von daher stehen die verschiedenen Jahrestage auch für eine unterschiedliche Geschichtsinterpretation."[18]

Für die politische Öffentlichkeit in Ungarn und im Westen Europas war Gyula Horn die entscheidende Person hinter der Grenzöffnung 1989. Deshalb erlangte seine Person in mehreren Ländern – insbesondere in Deutschland – Kultstatus. Vergessen wird dabei, dass Horn erst am 10. Mai 1989 zum Außenminister ernannt worden war, also zu einem Zeitpunkt, als der Beschluss zum Abbau der Grenzanlagen schon lange feststand. In Wahrheit waren die Ereignisse komplexer und auch nicht vom Handeln einer einzigen zentralen Figur determiniert.

9. (Nationale) Feiertage – Gedenktage

Nach 1989 waren nationale Feiertage und Gedenktage in Ungarn einem grundlegenden Wandel unterworfen. Diese Veränderungen lagen einerseits im Wunsch zur Wiederherstellung der in

[18] (Bauer, 2. Mai 1989: Beginn des Abbaus der Grenzanlagen zwischen Ungarn und Österreich kein Datum)

kommunistischer Zeit verbotenen und veränderten kirchlichen und staatlichen Feiertage und andererseits in den bereits beschriebenen Gestaltungs- und Begehungsabsichten begründet.

Die kommunistische Diktatur hat die Kirchen als Feinde des Systems betrachtet und deshalb religiöse Feiertage abgeschafft. Der erste Weihnachtstag war in den 1950-er Jahre überhaupt kein Feiertag, wie auch der Ostermontag und Pfingsten keine Feiertage waren. An ihre Stelle traten neue Feiertage, die nunmehr die kommunistische Tradition aufzubauen versuchten. Somit wurden der 21. März (Verkündung der Räterepublik in Ungarn) und auch der 7. November (als Feiertag der großen sozialistischen Oktoberrevolution) zu Feiertagen erklärt. Den Sternstunden der internationalen Arbeiterbewegung gemäß folgte auch die Einführung des „Tages der Arbeit", dem 1. Mai, der im Gegensatz zu früheren, nach der Wende abgeschafften „Feiertagen" bis heute ein arbeitsfreier Tag geblieben ist.

Das kommunistische System hatte ein ambivalentes Verhältnis zu den beiden wichtigsten Feiertagen vor dem Zweiten Weltkrieg in Ungarn: dem 15. März (dem Feiertag der Revolution von 1848) und dem 20. August (dem Feiertag der Staatsgründung). Obwohl das im Aufbau begriffene kommunistische System sich noch zu den hundertjährigen Erinnerungsfeiern an 1848-1849 bekannte und den „weltrevolutionären" und proletarischen Charakter der Ereignisse vor hundert Jahren betonte, wurden frühere Feiertage ab 1951 doch zu Werktagen erklärt. Insbesondere nach der Niederschlagung der Revolution von 1956 wurde das Gedenken an 1848 zu einer unerwünschten Angelegenheit für das System. Ende der 1960-er Jahre wurden als „Ersatz" für den 15. März die jeweils im Frühjahr durchgeführten „Revolutionären Jugendtage" eingeführt, womit die Partei beabsichtigte, den 15. März, das Gedenken an die Räterepublik am 21. März und die Befreiung von der nationalsozialistischen Besatzung am 4. April miteinander zu verwaschen. Trotzdem wurde der 15. März ab den 1970-er Jahren zu einem Feiertag oppositioneller Jugendlicher mit einer das System ablehnenden demokratischen Denkweise. In den 1980-er Jahren hatte die Polizei die immer offener sich zur Demokratie bekennenden kleineren oppositionellen Bewegungen trotzdem brutal aufgelöst. Infolge der steigenden gesellschaftlichen Unzufriedenheit wurde der 15. März 1987 erneut zu einem Nationalfeiertag erklärt. Nach der Wende wurde dieser Tag im Jahre 1991 durch die neue, demokratisch gewählte Nationalversammlung – abermals – zu einem der offiziellen Nationalfeiertage erhoben.

Der 20. August, der Feiertag zu Ehren des Staatsgründers König Stephan dem Heiligen, geht bis in das 11. Jahrhundert zurück. Ab dem 14. Jahrhundert galt der Tag von Stephan dem Heiligen in erster Linie als kirchlicher Feiertag, wobei der staatliche Charakter des Sankt-

Stephans-Tages durch Maria Theresia (1740-1780) wiederhergestellt wurde, indem sie die als Reliquie des Heiligen Stephan verehrten Überreste der Heiligen Rechten nach Buda holen ließ. Nach dem Ausgleich von 1867 zwischen Österreich und Ungarn hat der 20. August sein früheres Ansehen Zug um Zug zurückgewonnen und gehörte bis 1945 zu den Nationalfeiertagen. Für das kommunistische System war es wegen seines religiösen und nationalen Gehaltes nicht akzeptabel, zugleich aber wollte man diesen Feiertag aus politischen Gründen nicht verbieten. Daher wurde er zuerst als „Feiertag des neuen Brotes“ und später als Tag der neuen Verfassung geführt.

Nach der Wende haben, ähnlich wie früher verbotene kirchliche Feiertage, der 15. März und der 20. August, zusätzlich auch der 23. Oktober, ihren Platz unter den Nationalfeiertagen des unabhängigen Ungarn wiedererlangt.

Literaturverzeichnis

Bauer, Bence. „2. Mai 1989: Beginn des Abbaus der Grenzanlagen zwischen Ungarn und Österreich.“ *kas.de.* kein Datum. https://www.kas.de/de/web/geschichte-der-cdu/kalender/kalender-detail/-/content/2-mai-1989-beginn-des-abbaus-der-grenzanlagen-zwischen-ungarn-und-oesterreich.

—. „Paneuropäisches Picknick bei Sopron.“ *kas.de.* 2019. https://www.kas.de/de/web/geschichte-der-cdu/kalender/kalender-detail/-/content/paneuropaeisches-picknick-bei-sopron.

Berecz. „Millenniumi emlékmű a későbbi Hősök terén (1917).“ *Fortepan.* Bildnummer 175029. https://fortepan.hu/hu/photos/?id=175029.

„Budapest-Csepel2, Trianon-emlékmű.“ *trianon100.* kein Datum. https://trianon100.hu/emlekmu/csepel-trianon-emlekmu.

Fazekas, Zsuzsanna. „Küzdelem az igazi 1956-ért.“ *Valóság* 11 (2017): S. 89-104.

Gyáni, Gábor. *A történelem mint emlék(mű).* Budapest: Pesti Kalligram Kft., 2016.

Gyarmati, György. „Das Vorspiel für das Endspiel. Die Staatssicherheit Ungarns 1989.“ In *Das Vorspiel für die Grenzöffnung: Das Paneuropäische Picknick in Sopron am 19. August 1989*, von György Gyarmati und Krisztina Slachta, S. 77-108. Sopron, Budapest: L'Harmattan, 2014.

Jeszenszky, Géza. *Kísérlet a trianoni trauma orvoslására. Magyarország szomszédsági politikája a rendszerváltozás éveiben.* Budapest: Osiris, 2016.

„Karl Marx szobra 1919. május elsején a Hősök terén (1919).“ *FSZEK.* Bildnummer 020375. https://saman.fszek.hu/WebPac/CorvinaWeb?action=onelong&showtype=longlong&recnum=761012&pos=1.

Kovács, Éva. „Trianon, avagy „traumatikus fordulat” a magyar történetírásban.“ *Korall* 59 (2015): S. 82-107.

Máthé, Áron. „Magyar emlékezetpolitika a 21. század elején.“ In *Magyarország 2020. 50 tanulmány az emúlt 10 évről*, von Ákos Mernyei und Balázs Orbán, S. 557-579. Budapest: MCC Press, 2021.

Miklós, Lajos. „Szabadság tér, irredenta emlékhely virágokból, szemben a Honvéd utca (1940).“ *Fortepan.* Bildnummer 152897. https://fortepan.hu/hu/photos/?id=152897.

Orbán, Viktor. „Orbán Viktor beszéde a magyarországi németek elhurcolásának és előzetésének emléknapján.“ *miniszterelnok.hu.* 19. Januar 2016. https://2015-2022.miniszterelnok.hu/orban-viktor-beszede-a-magyarorszagi-nemetek-elhurcolasanak-es-eluzetesenek-emleknapjan/.

—. „Orbán Viktor beszéde az Összetartozás emlékhely avatásán.“ *kormany.hu.* 20. August 2020. https://2015-2019.kormany.hu/hu/a-miniszterelnok/beszedek-publikaciok-interjuk/orban-viktor-beszede-az-osszetartozas-emlekhely-avatasan-20-08-20.

Ripp, Zoltán. „1956 emlékezete és az MSZMP.“ In *Magyarország a jelenkorban. Évkönyv X.*, von János Rainer M. und Éva Standeisky, S. 233-250. 2002.

„Ungarisches Grundgesetz.“ *jogtar.hu.* 25. April 2011. https://net.jogtar.hu/jogszabaly?docid=a1100425.atv.

DEUTSCH-UNGARISCHES INSTITUT

FÜR EUROPÄISCHE ZUSAMMENARBEIT

Impressum

Von: Péter Dobrowiecki, Forschungsleiter

Deutsch-Ungarisches Institut für Europäische Zusammenarbeit

Direktor: Bence Bauer LL.M.

Büro: 1113 Budapest, Tas Vezér u. 3-7

Postadresse: 1518 Budapest, Pf. 155

Web: https://www.deutsch-ungarisches-institut.hu/

E-Mail: mni@mcc.hu